

Satzung über die Bereitstellung von Wohnraum für die vorläufige Unterbringung von Aussiedlern und asylbegehrenden Ausländern

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) vom 14.07.1994 (GV.NW.S. 270) in der zur Zeit geltenden Fassung, der §§ 2,4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NW) vom 21.10.1969 (GV.NW.S.712) hat der Rat der Stadt in seiner Sitzung am 15.09.2009 folgende neunte Änderung beschlossen:

§ 1

Zweck- und Rechtsform

Zur vorläufigen Unterbringung von Aussiedlern und asylbegehrenden Ausländern werden durch die Stadt Radevormwald Räumlichkeiten bereitgestellt.

Es handelt sich um angemieteten Wohnraum in der Herderstraße 4, Goethestraße 6, 8, 12, 16 und Lessingstraße 3.

Das Nutzungsverhältnis ist öffentlich-rechtlich.

Der Bürgermeister kann bei Bedarf im Sinne von § 1 Abs.1 dieser Satzung zusätzlichen Wohnraum anmieten.

§ 2

Aufsicht und Ordnung

Die für die Unterbringung zur Verfügung gestellten Räume unterstehen der Aufsicht und Verwaltung des Bürgermeisters. Dieser kann sich eines Dritten bedienen.

Die Ordnung in den Räumlichkeiten wird durch eine Benutzungsordnung geregelt, die der Bürgermeister erlässt.

Das Benutzungsverhältnis wird durch die Zuweisung in ein Übergangsheim begründet oder aufgehoben. Die Einweisung kann sowohl schriftlich als auch mündlich erfolgen.

Ein Rechtsanspruch auf die Zuweisung bestimmter Räume besteht nicht. Logierbesuch ist grundsätzlich nicht zulässig.

Soweit es zur ordnungsgemäßen Aufrechterhaltung der Zweckbestimmung der Übergangsheime notwendig ist, sind städtische Beauftragte berechtigt, die Unterkunftsräume zu betreten, wenn schwerwiegende Verstöße gegen die Hausordnung vorliegen oder wenn Instandhaltungsarbeiten, Beseitigung von Schäden und ähnliches ein Betreten der Unterkunftsräume erforderlich machen.

§ 3

Benutzungsgebühr und Nebenkosten

Für die Benutzung der Räumlichkeiten in den Übergangwohnheimen ist monatlich eine Benutzungsgebühr in Höhe von 133,81 € pro Person zu zahlen.

Für die nutzungsabhängigen Nebenkosten ist eine monatliche Pauschale zu zahlen pro Person in Höhe von 85,72 €.

Für die angemieteten Wohnungen gemäß § 1 Abs.4 wird die zu zahlende Gebühr (Benutzungsgebühr und Nebenkosten) auf die Höhe des von der Stadt zu zahlenden Mietzinses sowie sonstiger anfallender Nebenkosten festgesetzt.

§ 4

Berechnung der Benutzungsgebühr und der Nebenkosten

Beginnt oder endet die Benutzung des Übergangsheimes im Laufe des Monats, so wird für jeden Benutzungstag $\frac{1}{30}$ der monatlichen Benutzungsgebühr und der Nebenkosten berechnet. Vorübergehende Abwesenheit entbindet nicht von der Pflicht zur Zahlung der Benutzungsgebühr und der Nebenkosten.

Bei einer Verlegung zählt der Tag der Verlegung nur bei der Nebenkostenberechnung für das neu zugewiesene Übergangsheim.

§ 5

Gebührenpflichtige

Zur Zahlung der Gebühren sind die Benutzer verpflichtet.

Mitglieder einer Haushaltsgemeinschaft haften als Gesamtschuldner, soweit sie volljährig sind.

§ 6

Fälligkeit

Die Gebühr ist jeweils spätestens zum 05. eines jeden Monats im voraus an die Stadtkasse Radevormwald zu zahlen.

§ 7

Beitreibung

Bei Zahlungsverzug wird die Beitreibung nach den Bestimmungen des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 13.05.1980 (GV.NW.S.510/SGV.NW.2010) in der jeweils geltenden Fassung durchgeführt.

§ 8

Rechtsbehelf

Gegen die Heranziehung zu Benutzungsgebühren und Nebenkosten ist die Klage zulässig. Diese ist beim Verwaltungsgericht in Köln, Appellhofplatz 1, einzureichen oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu erklären. Die Klage hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 9

Inkrafttreten / Außerkrafttreten

Die Änderung der Satzung über die Bereitstellung von Wohnraum zur vorläufigen Unterbringung von Aussiedlern und asylbegehrenden Ausländern tritt am 01.01.2009 in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Änderung der §§ 3, 8 und 9 der **Satzung über die Bereitstellung von Wohnraum für die vorläufige Unterbringung von Aussiedlern und asylbegehrenden Ausländern** vom 15.09.2009 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Hinweis:

Es wird darauf hingewiesen, dass aufgrund des § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften dieses Gesetzes beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Radevormwald, 20.11.2009

Dr. Josef Korsten
Bürgermeister